



Seltenes oppositionelles Quintett: Kogler, Denz, Schwarzl, Federspiel und Haager – eine Koalition von ganz links bis ganz rechts.

Foto: Murauer

Vereinte Opposition kämpft für Reform

Viel zu wenig geht den Innsbrucker Oppositionsfractionen bei der Reform des Stadtrechtes weiter. Sie wollen nun die Koalition unter Druck setzen.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Man könnte sie als „Koalition der Willigen“ bezeichnen. In einer wohl einmaligen Aktion übte sich gestern eine unübliche Koalition aus Grünen, Liste Federspiel, Freiheitlichen, Liberalen Innsbruck und des fraktionslosen GR Christian Haager im harmonischen Schulterschluss. Ein Pakt, der nur ein Ziel kennt: der Reform des Innsbrucker Stadtrechtes endlich den Schwung zu verleihen, der nach Meinung der Opposition bis dato noch auf sich warten lasse.

Wie mehrfach berichtet, rief die Regierungskoalition kurz nach der Wahl 2006 eine Arbeitsgruppe ins Leben, um auszuloten, in welcher Form die Reform – übrigens auch festgehalten im Koalitionspa-

pier zwischen Für Innsbruck, SP und VP – angegangen werden kann. Auch wenn bis dato nur wenig an die Öffentlichkeit drang – die Geschwindigkeit ging auch so manchem Regierungspolitiker zu langsam.

„Die Herrschaften reden nur Blabla und verschaukeln den Gemeinderat und die Bevölkerung“, ist sich GR Rudi Federspiel sicher, dass die Dreierkoalition weder die Reform, noch die Bürgermeisterdirektwahl einführen will: „Alle sind im Prinzip dafür, aber wieso passiert dann nichts? Sind die alle so feige?“ Wengleich auch die Direktwahl der einzige Punkt ist, in welchem sich die Oppositionsparteien nicht ganz einig sind – die Grünen wollen sie nicht aktiv einfordern, jedoch auch nicht verhindern – so

haben sie gestern dennoch ihre Reformvorschläge für das Stadtrecht auf den Tisch gelegt.

So soll unter anderem der „undemokratische Umgang“ mit Anfragen abgeschafft werden, wie es Elmar Denz (FP) forderte. Eine Stärkung der Bürger- und parlamentarischen Minderheitenrechte muss für StR Uschi Schwarzl unbedingt in das neue Stadtrecht einfließen. Für Haager indes gehöre die Kontrolle über alle ausgelagerten Betriebe der Stadt wieder zurück in die Hand des Gemeinderates. Ebenso sei ein echtes Ressortsystem unabdingbar.

Die Oppositionsfractionen warnten die Regierung davor, sie nicht ernst zu nehmen. Für eine Reform brauche es eine Zweidrittelmehrheit. Die die Regierung nicht hat.

Kommentar

Von Manfred Mitterwachauer

Vom Sturm hin zum Lüfterl

Innsbrucks Dreierkoalition aus FI, SP und VP braucht sich nicht wundern, wenn ihr die vereinte Opposition kräftig auf die Füße steigt. Die Reform des Stadtrechtes mitsamt der Einführung der Bürgermeisterdirektwahl wurde einst bei Regierungsantritt als Zielvorgabe definiert. Vier Jahre später ist vom Reformsturm nicht einmal ein Reformlüfterl übrig geblieben. Zu sehr war und ist die Koalition mit sich selbst, fraktionsinternen Personalrochaden und diversen, baulichen „Jahrhundertprojekten“ beschäftigt, als dass sie ausreichend Muse dazu hätte, der Stadt auch demokratiepolitisch zu neuen Maßstäben zu verhelfen. Zumal sie sich hier auch ernsthaft mit der Opposition auseinandersetzen müsste. Denn ohne die ist eine Reform nicht zu machen.

